

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüzingrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüzingrün, Wildenthal usw.

Erhebt täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sprechsprecher Nr. 210.

Nr. 187.

Donnerstag, den 14. August

1913.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Nachlass des verstorbenen Schmiedemeisters **Richard Emil Hüttner** in **Eibenstock** ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der **Schlusstermin** auf den **5. September 1913, vormittags 10 Uhr** vor dem hiesigen königlichen Amtsgerichte Eibenstock bestimmt worden.

Eibenstock, den 9. August 1913.

Königliches Amtsgericht.

Holzversteigerung. **Carlsfelder Staatsforstrevier.**
Dittwoch, d. 27. Aug. 1913, v. vorm. 10 Uhr an (Brennhöfer nicht vor 1 Uhr nachm.)
Bahnhofrestauration in Wilzschhaus.
12 bu. Höhe 19-41 cm stark, 13946 fl. Höhe 7-15 cm stark,
3246 fl. 16-22 " " 1036 " 23-29 " "
289 " 30-50 " " 150 " **Verstangen** 8 " "
0,5 rm fl. **Kuhknüppel**, 3,5 rm bu. 658 rm verschiedene fl. **Brennhöfer**, 31,5 rm fl. **Stöcke**,
in Abt. 71 u. 77 (Kahlschläge), 1, 2, 5-25, 27-39, 41-47, 49-68, 70-82 (Einzelnutzungen).
Rgl. Forstrevierverwaltung Carlsfeld. **Rgl. Forstrentamt Eibenstock.**

Ohne Revision.

In den leitenden Kreisen Deutschlands zweifelt man nicht mehr daran, daß die Frage einer Revision des Bukarester Friedens im Sinne einer Abänderung desselben so gut wie erledigt sei. Ausführlich über die Haltung Deutschlands zum Bukarester Friedensvertrage läßt sich die oft offiziös bediente „Köln. Ztg.“ aus Berlin berichten:

Köln, 12. August. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Berlin: Nach Budapest sollen aus Berlin Meldungen gelangt sein, wonach in Berliner amtlichen Kreisen der Widerstand gegen die Revisionspolitik gewissermaßen zurückgetreten sei. Dieser Ausdruck ist irreführend. Deutschland kämpft in der Frage der Überprüfung nicht gegen andere Mächte, aber es nimmt an europäischen Versuchen zur Abänderung des Bukarester Vertrages nicht teil, und verhindert dadurch ein europäisches Vorgehen gegen das mühevoll zustande gebrachte Friedenswerk. Deutschland beteiligt sich nur an solchen Erörterungen der Mächte, die dazu dienen, dem Vertrage die Zustimmung Europas zu sichern. Eine Gegenwehr gegen Bulgarien, dem man eine bessere Ausnutzung glänzender Siege gegönnt hätte, ist hierbei nicht im Spiele. Wie die Dinge aber jetzt liegen, lassen sich die bulgarischen Wünsche ohne neue Friedensgefährdung nicht verwirklichen. Der Tagesbefehl König Ferdinands, worin am Schlusse ein Zukunftsrieg in Aussicht gestellt wird, nimmt Monastir, Ochrida, Dibra, Perlepe, Saloniki und Serres, sowie andere Gebiete als bulgarisch in Anspruch. Damit ist der Weg bezeichnet, wie eine Aenderung des Bukarester Vertrages aussehen müßte; die Bulgaren zufriedenstellen und einer künftigen Erneuerung des Kampfes gegen Serbien für immer vorbeugen sollte. Wenn auch über den Umfang der von einzelnen Mächten beabsichtigten Aenderungen noch nichts bekannt ist, so läßt sich angesichts des Tagesbefehles des Königs Ferdinand schon jetzt feststellen, daß solche Vermählungen zu einer endgültigen Ausöhnung Bulgariens mit dem Friedensvertrage nicht hinarbeiten würden.

Auch die Gegensätze zwischen Rußland und Frankreich scheinen sich auszugleichen, zumal Rußland ebenfalls auf eine Revision des Vertrages verzichtet will: Paris, 12. August. Der russische Botschafter Tswolski hatte gestern Abend am Quai d'Orsay eine Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen Wilson gehabt. Man schließt daraus, daß das kleine Mißverständnis zwischen den beiden Verbündeten wegen Kawalla ausgeglichen sei und die Regierungen in Paris und Petersburg bestrebt seien, neue Mißverständnisse unmöglich zu machen. Der Streitfall zwischen Rußland und Frankreich über Kawalla wird jetzt allgemein so erklärt, daß Rußland versäumt hat, Frankreich seine Wünsche mitzuteilen. Frankreich habe sich für berechtigt gehalten, für ein griechisches Kawalla einzutreten.

Paris, 12. August. Der „Temps“ meldet aus Petersburg, daß die russische Regierung auf die Revision des Bukarester Friedensvertrages verzichtet habe.

Die Antwort der Pforte auf den Schritt der Mächte, der, wie wir meldeuten, abkennend ausgefallen ist, liegt jetzt im Wortlaut vor. Sie besagt in höflichem Tone, daß die osmanische Regierung die Linie Enos-Midia nicht respektieren könne und schließt: „Indem ich auf den hohen Gerechtigkeitsinn der Mächte vertraue, hoffe ich zuversichtlich, daß sie auch werden zugeben wollen, daß die Grenzlinie, welche die Pforte in ihrer Mitteilung vom 19. Juli sich vorbezeichnet, die einzige ist, welche die erforderliche Verbindung der Sicherheit der Hauptstadt und der Regierung erfüllt.“

Die Antwort der Türkei hat in den Kabinetten indessen nicht überrascht. Man will in dem Wortlaut der Antwort sogar etwas wie Entgegenkommen der Pforte erkennen, und gibt die Hoffnung auf eine gütliche Erledigung der Angelegenheit noch keineswegs auf. Die Türken dahingegen sehen alle Hebel in Bewegung, die Großmächte dahin umzustimmen, daß ihr Adrianopel erhalten bleibe. So zieht jetzt eine Adrianopler Abordnung nach Europa:

Wien, 12. August. Gestern Abend traf hier eine neungliedrige Abordnung von Notabeln aus Adrianopel ein, in welcher sich Türken, Griechen und Juden befanden. Die Abordnung wird heute nachmittags im Ministerium des Auswärtigen vorprechen und ihm die Bitte unterbreiten, die Türkei im Besitze des wiedereroberten Adrianopel zu lassen. Zu gleicher Zeit wird die Abordnung auch Berlin und London besuchen.

Wien, 12. August. Die seit gestern Abend hier weilende türkische Deputation aus Adrianopel, welche bei den Mächten um Aufrechterhaltung der Besetzung Adrianopels durch die Türkei ansuchen will, wird sich von hier nach Berlin und dann nach London begeben.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Reichstagskommission für das Verdingungswesen, die den Entwurf eines Reichssubmissionsgesetzes berät, ist ein Antrag des Vereins gegen das Bestechungswesen, Sitz Berlin, zugegangen, der im wesentlichen verlangt, daß bei Verdingungen die Angebote verschlossen eingefordert werden, und die Öffnung aller Angebote erst im Eröffnungsminuten erfolgen darf, wozu die Arbeiter oder ihre bevollmächtigten Vertreter zugelassen sind.

Zum Fall von Lunéville. Von deutscher Seite angestellte amtliche Ermittlungen über den angeblichen Zwischenfall in Lunéville haben ergeben, daß den Erzählungen der Frau Schneider etwas Tatsächliches nicht zugrunde liegt. Als irrtümlich hat sich auch die Pressemeldung herausgestellt, daß der Landwehmann Schneider die Angaben seiner Frau nach einem Besuch in Lunéville als zutreffend bezeichnet hätte.

Ein Hauptmann verhaftet? Wie die in Stettin erscheinende „Opreitung“ anderweitig noch unbestätigt erfahren haben will, soll auf dem Truppenübungsplatz Hammerstein ein Hauptmann eines dort zurzeit Schießübungen veranstaltenden Feldartillerie-Regiments verhaftet worden sein. Der betreffende Hauptmann erhielt durch eine Ordre des Oberbefehlshabers bei seinem Oberst zu melden. Er kam jedoch diesem Befehl nicht nach, sondern verschwand. Später gelang es dann, den Hauptmann in der Umgebung von Hammerstein zu verhaften.

Keine Aufhebung des Jesuitengesetzes. Die auf Umwegen über die Schweiz verbreitete Meldung, wonach der deutsche Bundesrat sich in kürzester Zeit mit der endgültigen Aufhebung des Jesuitengesetzes beschäftigen werde, wobei Preußen und Bayern geschlossen für Aufhebung dieses Gesetzes stimmen würden, wird als völlig erfunden bezeichnet.

Die Verlobungsgerüchte am kurgurgischen Hof. Der präsumtive Verlobte der neunzehnjährigen Großherzogin Marie Adelheid von Luxemburg, deren Hof zurzeit auf Schloß Hohenburg bei Lengries in Bayern weilt, soll der 29. Jahre alte Prinz Heinrich von Bayern sein, der oft zu Besuch auf Schloß Hohenburg erscheint.

Oesterreich-Ungarn.

Entlassung der österreichischen Re-

servisten. Wie die „Militärische Rundschau“ mitteilt, hat die Regierung beschlossen, die Reservisten in den Grenzgebieten des Südens in die Heimat zu entsenden. Die Reservisten waren im Mai dieses Jahres einberufen worden.

Italien.

Beendigung des oberitalienischen Streiks. Der Streik neigt sich entschieden seinem Ende zu. Die Wiederaufnahme der Arbeit macht sich stark bemerkbar. Zahlreiche Straßenbahnwagen und Züge verkehren. Der Verkehr auf anderen Verkehrsmittelpunkten auszudehnen, ist tatsächlich gescheitert. In Rom setzte die Arbeitssammer den Beginn des Streiks am Montag auf vier Uhr nachmittags fest; aber überall wurde bis zum Abend gearbeitet. Die Stadt hat ihr normales Aussehen. Der Verkehr war ungestört, und nur einige Zeitungen mußten ihre vierte Ausgabe ausfallen lassen, weil später am Abend die Typographen streikten. Teilweise Arbeitseinstellungen werden nur aus Pica und Sestri Penente gemeldet. Die Arbeitssammer in Genua hat eindringlich vom Streik abgeraten.

Rußland.

Preisaußschreibung für ein historisches Werk. Der „Clair“ meldet, daß ein Preis von 700 000 Francs in Rußland ausgeschrieben sei für das beste historische Werk über den Zaren Alexander II. Der Preis soll im Jahre 1925 zur Verteilung gelangen.

Rußland und die Mongolei. Dem russischen Gesandten in Urga, Miller, wird von der russischen Regierung das Amt eines diplomatischen Bevollmächtigten verliehen werden. Damit wird stillschweigend von Rußland die Selbständigkeit der Mongolei anerkannt.

Frankreich.

Ein Preis auf die Einbringung französischer Deserteure. Die französische Regierung setzte eine Belohnung von 25 Francs für jeden, der die Festnahme eines Deserteurs veranlaßt, aus. Im Jahre 1912 zählte man in Frankreich bei 9666 Ausgehobenen 2496 Personen, die sich nicht zum Dienste gestellt haben. Bisher glaubte die französische Regierung, gegen diese Dienstscheuen mit Begnadigungen auskommen zu können.

Türkei.

Keine Errichtung einer deutsch-türkischen Mittelschule in Konstantinopel. Aus Köln meldet der Draht: Die Blättermeldung, daß Anfang September in Konstantinopel eine deutsch-türkische Mittelschule als Vorstufe für eine deutsch-türkische Hochschule für Handel und Technik eröffnet werden sollte, ist, wie der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ an zuständiger Stelle erfährt, völlig unzutreffend.

Amerika.

Die Wahlgelder des Herrn Sulzer. Die Legislatur des Staates Newyork hat den Bericht ihrer Kommission gutgeheißen, in dem Gouverneur Sulzer beschuldigt wird, Wahlgelde für seinen persönlichen Gebrauch verwendet zu haben. Die Legislatur nahm darauf mit 64 gegen 30 Stimmen den Vorschlag des Abgeordneten Leidy an, eine Resolution zur Erhebung der Anklage gegen Sulzer in dieser Beratung zu stellen.

Besserung der Lage in Mexiko. Präsident Wilson erklärte, daß die Lage in Mexiko sich innerhalb der letzten 48 Stunden wesentlich gebessert habe. Wilson und Bryan erhielten ein Telegramm von Lind und beratschlagten darauf einige Zeit zusammen. Das Ergebnis der Konferenz ist nicht bekanntgegeben worden. Der Kreuzer „Nashville“ ist nach Veracruz beordert worden.